

Ulrike Duchrow

Vierzig Jahre Solidarität mit Geflüchteten in Heidelberg

Geschichte des Asylarbeitskreises von 1980–2020. Eine Selbstdarstellung

Der Heidelberger Gemeinderat fällte in den letzten Jahren zwei Beschlüsse zur Flüchtlingspolitik: 2017 erklärte er sich als einer der ersten in Baden-Württemberg bereit, 50 Flüchtlinge aus dem Relocationprogramm¹ aufzunehmen, 2018 beschloss er, den Appell anderer deutscher Städte zu unterstützen, schnellstmöglich eine Lösung für Geflüchtete zu finden, die aus Seenot gerettet wurden, und bekräftigte die Bereitschaft der Stadt zur Aufnahme von Geretteten. Beide Beschlüsse gehen auf die Initiative des Asylarbeitskreises Heidelberg e.V. zurück. Er hoffte auf die positive Wirkung solcher Beschlüsse in der Öffentlichkeit und den Einfluss der Stadt auf die Bundesregierung, z.B. durch den Städtetag und das Land. Dass es zu diesen – fast einstimmig gefassten – Beschlüssen kam, spricht für die Offenheit des Gemeinderats und der Heidelberger Gesellschaft gegenüber der Unterstützung Geflüchteter. Dazu hat die lange Tradition der Asylarbeit in Heidelberg vermutlich wesentlich beigetragen. Die Asylarbeit findet an der Schnittstelle von lokaler und globaler Politik statt. In Heidelberg war der politische Aspekt der Asylarbeit immer ebenso stark ausgeprägt wie der karitative und humanitäre. Wie sie entstand und wie sie sich im Laufe von vierzig Jahren entwickelt hat, soll hier nachgezeichnet werden. Dabei stützt sich die Verfasserin auf Protokolle, Jahresberichte, Interviews mit Beteiligten und Zeitungsartikel sowie auf ihr eigenes gesammeltes Material und ihre Erinnerung als Mitarbeiterin und zeitweise als Vorstandsmitglied seit fast dreißig Jahren.

1. Die Anfänge 1980–1991: Von der Amnesty-Asylarbeit zum selbstständigen Arbeitskreis

Die Unterstützung von Asylbewerbern in Heidelberg ging Ende der 1970er Jahre von einigen aktiven Mitgliedern von Amnesty International (Amnesty) aus. Die Kernaufgabe von Amnesty war damals der Schutz von politisch Verfolgten. Das schloss den Einsatz für das Asylrecht und die Hilfe für einzelne Asylsuchende ein. Im Amnesty-Bezirk Heidelberg wurde diese Aufgabe erstmals etwa 1978 wahrgenommen, wie aus einer Mitgliederliste hervorgeht, in der eine Asylreferentin genannt wird.² 1980 wurde Berthold Münch, damals noch in der juristischen Ausbildung, bis vor Kurzem praktizierender Anwalt für Asylrecht in Heidelberg, als Bezirksreferent von Amnesty für Asylarbeit erwähnt.³ Ein Schreiben der Stadt Heidelberg vom 14. Oktober 1980, unterzeichnet von Oberbürgermeister Reinhold Zundel, gibt einen Hinweis auf Münchs Tätigkeit. Dessen Brief ist nicht mehr vorhanden; er muss wohl an die Ausländerbehörde der Stadt appelliert haben, ihre Entscheidungskompetenz auszunutzen, um einen Flüchtling vor der Abschiebung zu bewahren. Zundel belehrte ihn darüber, dass die Ausländerbehörden weisungsgebunden seien

und dass „es doch wohl unbestritten in unser aller Interesse [liegt], wenn das Asylrecht nicht weiter missbraucht wird.“

Das Schreiben wirft ein Licht auf die damalige Situation der Geflüchteten in Deutschland. Im Jahr 1980 stieg ihre Zahl stark an – sie verdoppelte sich gegenüber 1979 von 51.493 auf 107.818⁴ – und damit wuchs auch die Sorge vor angeblicher Überfremdung. Die Zunahme hatte vor allem mit der Verfolgungssituation im Iran, in Äthiopien (Unabhängigkeitsbestrebungen der Eritreer) und in der Türkei (Verfolgung der Kurden) zu tun. Auch in Heidelberg stieg die Zahl der Asylbewerber von 212 im ganzen Jahr 1979⁵ auf 354 Mitte 1981; sie kamen u.a. aus Indien (97), Pakistan (14), der Türkei (30) und der CSSR (14)⁶. Weitere 53 anerkannte Flüchtlinge aus Laos nahm Heidelberg 1980 auf im Rahmen einer humanitären Aktion der Bundesregierung. Sie fanden im Emmertsgrund ein neues Zuhause und wurden von der Bevölkerung dort überwiegend freundlich aufgenommen.⁷ Als Reaktion auf den Anstieg der Flüchtlingszahlen beschloss Baden-Württemberg zahlreiche Einschränkungen für Flüchtlinge, u.a. die Unterbringung in Sammelunterkünften (wurde in Heidelberg erst viel später umgesetzt), Residenzpflicht, d.h. Geflüchtete durften den Stadt- oder Gemeindebezirk, in dem sie untergebracht waren, nicht verlassen, Arbeitsverbot, Sachleistungen statt Bargeld für ihren Lebensbedarf (wurde in Heidelberg erst 1994 umgesetzt), Verbot der politischen Betätigung, Verbot Besuch (außer Verwandten) zu empfangen.⁸ Der Sozialausschuss der Stadt Heidelberg beriet am 13. September 1982 über die Umsetzung des Gesetzes, u.a. über die Einschränkung der Zahnbehandlung von Geflüchteten.⁹ Verschärft wurde auch die Rechtsprechung: Das Bundesverwaltungsgericht entschied 1983, dass drohende Folter nur dann einen Anspruch auf Asyl begründet, wenn sie politisch motiviert ist. Als Teil der allgemeinen Verhörmethode sei sie nicht asylrelevant.¹⁰

Es waren diese Gesetzesverschärfungen, die Amnesty bundesweit zum Engagement für Flüchtlinge motivierte, aber auch die Überzeugung, dass auf lokaler Ebene nicht genug für Flüchtlinge getan werde. Es gab keine Vorbereitung auf das Asylverfahren, es gab keinen Sprachunterricht, es gab keine Unterstützung durch Sozialarbeiter*innen. Ebenso war es der zunehmende Fremdenhass, dem Amnesty offensiv entgegentrat. Amnesty lud mit päd-aktiv Heidelberg (Lehrerselbsthilfegruppe) und dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) am 3. Juli 1981 zu einer Podiumsdiskussion im Zieglerbräu ein: „Asylrecht in Gefahr“. Auf dem Podium waren u.a. Rechtsanwalt Berthold Münch und der Asylbeauftragte der evangelischen Kirche in Baden, Pfarrer Wolfgang Weber. Im Aufruf hieß es: „Flüchtlinge sind gefährdet. Nicht gefährlich. Sie fliehen vor persönlicher politischer Verfolgung aus diktatorischen Ländern. [...] Sie fliehen, weil sie Angehörige bedrängter ethnischer und religiöser Minderheiten sind. [...] Nicht die Existenz der Deutschen steht auf dem Spiel, sondern die der Flüchtlinge.“¹¹ Die Asylgruppe des Bezirks Heidelberg von Amnesty gab 1984 eine Broschüre heraus, in der der Umgang mit Asylsuchenden kritisiert und Verbesserungen gefordert wurden. „Aus bitterer Erfahrung unserer jüngsten Geschichte wissen wir: das Asylrecht für politisch Verfolgte ist unverzichtbar und darf nicht geschmälert werden.“¹² Die Broschüre fordert u.a.: neutrale Beratung vor Antragstellung, staatlich geförderte Grundsprachkurse, Barauszahlung der ungekürzten Sozialhilfe, dezentrale Unterbringung.

Für die Einrichtung von Sprachkursen setzten sich verschiedene Organisationen in Heidelberg alsbald energisch ein: neben Vertreter*innen von Amnesty fanden

sich u.a. auch solche von Caritas, Diakonie, evangelischer Kirche, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und päd-aktiv am 13. März 1986 zusammen, um auf Einladung des DRK über die Koordinierung des Sprachunterrichts zu sprechen.¹³ Einige Organisationen boten Sprachkurse an, die weitgehend ehrenamtlich gehalten wurden. Von den Flüchtlingen, die wegen des Arbeitsverbots oft zu jahrelanger Untätigkeit verurteilt waren, wurden die Kurse sehr gut angenommen, reichten aber nicht aus, weshalb viele zusätzlich auf eigene Kosten Kurse in der Volkshochschule besuchten, die sie sich vom Munde absparten. Die genannten Organisationen bedauerten, dass die Stadt ihr Engagement nicht würdigte, sondern in Eigenregie Sprachkurse durchführen wollte. Der Gemeinderat hatte dafür Mittel in Höhe von 30.000 DM bewilligt. Nicht nur der Sprachunterricht, auch die soziale Betreuung wurde bis dahin ehrenamtlich von einzelnen Gruppen geleistet, vor allem von päd-aktiv. Dass die Stadt bislang keine Sozialbetreuung eingerichtet hatte, lag an dem Gerangel mit dem Land um die Kosten. Schließlich wurde 1986 eine einzige Sozialarbeiterin für die 308 Asylsuchenden angestellt. Im Unterschied zu anderen Kommunen waren die Asylbewerber in Heidelberg dezentral untergebracht. Die 55 Wohneinheiten, die die Stadt angemietet hatte, lagen im gesamten Stadtgebiet. Darauf führte die Rhein-Neckar-Zeitung (RNZ) zurück, dass es keine schwerwiegenden Probleme zwischen Einheimischen und Asylbewerbern gab, vielmehr gab es zahlreiche Beispiele von spontaner Hilfsbereitschaft.¹⁴

Ungeachtet dieses positiven Aspekts spitzte sich im Juli 1986 die Diskussion um das Thema Asyl in der Öffentlichkeit und der Presse erheblich zu. Rechtsanwalt Bertold Münch richtete deshalb einen Brief an die RNZ: „Mit wachsender Sorge beobachtet Amnesty International, Bezirk Heidelberg, wie in den letzten Tagen eine Asyldebatte in einer Weise entfacht worden ist, die der humanitären Konzeption unserer Verfassung und den internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland diametral entgegengesetzt ist.“ Der Brief beklagt, dass die Zahlen „in unverantwortlicher Weise“ hochgespielt würden, dass die Berichterstattung unseriös sei, weil sie die Feststellungen des Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge nicht berücksichtige. Er weist darauf hin, dass das Asylrecht eines der höchsten Güter unserer Verfassung sei und auf der gleichen Stufe wie andere Grundrechte, z.B. dem der Meinungsfreiheit, stehe. Besonders heftig kritisierte er die Forderung der CSU, den Zugang zu den Gerichten zu versperren. Der Brief schließt mit dem Hinweis auf die NS-Zeit: „Vielleicht ist es kein Zufall, dass all dies um den 20. Juli geschieht. Wir wollen einfach nicht glauben, dass die vornehmsten Lehren aus der Nazidiktatur, der Schutz vor politischer Verfolgung und die Bindung der öffentlichen Gerichtsbarkeit, in den Wind geschlagen werden sollen.“¹⁵

Bald danach gab es einen weiteren Anlass für öffentlichen Protest der Heidelberger Amnesty Gruppe: Erstmals sollten zwei Eritreer aus Heidelberg abgeschoben werden. Sie waren in zweiter Instanz mit ihrer Klage gescheitert. Der Verwaltungsgerichtshof Mannheim begründete sein Urteil damit, „dass ihnen lediglich das für totalitäre Herrschaftssysteme übliche Schicksal“ drohe.¹⁶ Das hätte Haft, Folter bis hin zur Todesstrafe bedeuten können. In ihrer Not suchten sie bei Mitgliedern von Amnesty Rat, die sich an das Ordnungsamt, die Parteien und die Kirchen wandten. Es wurde eine Anzeige in der RNZ geschaltet, die von über hundert Personen unterschrieben wurde.¹⁷ Auch andere Organisationen setzen sich ein, darunter die Gemeinderatsfraktion der Grün-Alternativen Liste (GAL) des Gemeinderats, die an die

Stadt appellierte, ihren Ermessensspielraum auszunutzen.¹⁸ Es lag Amnesty und allen anderen daran, einen Präzedenzfall zu verhindern. In Heidelberg waren ca. achtzig eritreische Geflüchtete, in Deutschland 4000. Ob die Öffentlichkeitsarbeit und die Appelle an das Regierungspräsidium Erfolg hatten, war nicht zu klären. Die beiden Flüchtlinge sollen nach Aussage von Freunden nach Holland gegangen sein, was dafür spricht, dass sie für Deutschland keinen Aufenthaltstitel erhalten hatten.

Solange die Asylarbeit von Amnesty sich für politische Menschenrechte einsetzte, d.h. u.a. für das Recht auf Asyl, Flüchtlinge auf das Asylverfahren vorzubereiten und Geflüchtete bei einer Klage vor Gericht zu unterstützen, entsprach dies dem Mandat von Amnesty. Sie hatte aber inzwischen eine gewisse Eigenständigkeit entwickelt und bezog sich auf Bereiche, die nicht mehr vom Mandat von Amnesty gedeckt waren.¹⁹ Daher hatte sich 1987 sozusagen als Ausgründung von Amnesty der „Asylarbeitskreis Humanes Exil“ gebildet, der in enger Kooperation mit Amnesty tätig war.²⁰ Manche der aktiven Mitglieder des neu gegründeten Kreises machten weiter Asylarbeit im Rahmen von Amnesty. Außer dem schon erwähnten Berthold Münch waren es vor allem Helmuth Thomsen, Elaine Griffiths und Vera Spindler, die sich besonders engagierten. Diese Aufzählung ist unvollständig, es waren sehr viel mehr Personen als persönliche Betreuer*innen und als Sprachlehrer*innen in der Flüchtlingsarbeit tätig. Die Hauptarbeit leistete damals nach Auskunft der Interviewten Helmuth Thomsen, der im Ruhestand war und deshalb über mehr Zeit als die anderen verfügte. Er war Mitbegründer und Kassenwart des AK Humanes Exil, bereitete die Geflüchteten auf ihre Anhörung beim Bundesamt vor und begleitete viele von ihnen zur Anhörung nach Zirndorf, dem damaligen Sitz des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF).²¹ Zur Lage der Flüchtlinge in Heidelberg im Jahr 1987 informiert der Jahresbericht des Bezirks Heidelberg von Amnesty: Inzwischen gab es 500 Flüchtlinge in Heidelberg, die von drei Sozialarbeiter*innen betreut wurden. Psychologische oder psychiatrische Betreuung war nur durch Vermittlung von Einzelpersonen möglich, Kinder besuchten die Schulen nur als Gasthörer – es gab keine Schulpflicht. Es standen nur wenige spezialisierte Rechtsanwälte zur Verfügung. Besonders wurde die Perspektivlosigkeit von Jugendlichen beklagt, die keine Ausbildung absolvieren durften. Die Asylverfahren dauerten mindestens zwei, oft aber auch sechs und sieben Jahre.²² Ab 1988 organisierte der AK Humanes Exil zusammen mit dem katholischen Jugendbüro Wochenenden zur Begegnung für deutsche Jugendliche und junge Geflüchtete zum gegenseitigen Kennenlernen. Finanziert wurden die Freizeiten durch Gebühren der deutschen Teilnehmenden und Mittel der Trägervereine, möglicherweise auch durch öffentliche Fördermittel.²³ Verantwortlich für die Freizeiten war Vera Spindler.

1991 kam es zu einer Krise innerhalb von „Humanes Exil“. Helmuth Thomsen hatte sich mit einem gut gemeinten und nötigen Projekt, ein psychosoziales Behandlungszentrum zu gründen, hoch verschuldet. Er tauchte daraufhin unter.²⁴ Es war seine Tragik, dass er über seinem hohen Engagement das Augenmaß für die Realisierung seines Vorhabens verloren hatte. Der AK Humanes Exil verlor sein Domizil, denn das von Thomsen angemietete Büro stand nun nicht mehr zur Verfügung. Die Mitglieder mussten sich vorerst auf ein Provisorium einrichten. Das Büro der katholischen Jugend in der Bahnhofstraße 53 rettete den AK Humanes Asyl vor der Obdachlosigkeit: Das Asylcafé und die monatlichen Treffen fanden dort statt. Für die Beratungen stellte Elaine Griffiths ihr Büro zur Verfügung. Für Fortbildungen

im Asylrecht lud Berthold Münch in seine Kanzlei ein. Es war ein Provisorium, aber zugleich ein Neuanfang in der Asylarbeit in Heidelberg. Die Mitglieder beschlossen, einen Verein mit neuem Namen zu gründen.

2. Asylarbeit von 1991–2001: Protest gegen Flüchtlingspolitik und Kooperation mit der Stadt

In den 90er Jahren stand die Asylarbeit vor großen Herausforderungen. Die Flüchtlingszahlen in Deutschland stiegen nach dem Fall der Mauer und im Verlauf der Jugoslawienkriege stark an, von knapp 100.000 im Jahr 1988 auf über 400.000 im Jahr 1990.²⁵ Gleichzeitig kam es zu ausländer- und flüchtlingsfeindlichen Anschlägen. Diese Entwicklungen hatten Auswirkungen auch auf Heidelberg. Zwar gab es keine fremdenfeindlichen Anschläge, doch auch hier war die Stimmung angespannt. Die Verantwortung des AsylAK wurde größer, ebenso nahm das Engagement der Bevölkerung zu. Die Unterstützung von Geflüchteten ging weit über den Asylarbeitskreis hinaus. Die 90er Jahre waren auch dadurch gekennzeichnet, dass die Bundesregierung auf die höheren Flüchtlingszahlen mit einer immer restriktiveren Asylgesetzgebung antwortete. Für den AsylAK war es eine Zeit der Protestaktionen, zugleich auch der Intensivierung seiner Unterstützung für einzelne.

2.1 Gründung eines Vereins und Neuanfang

Die Voraussetzungen für seine Arbeit verbesserten sich Anfang der 90er Jahre. Im September 1991 wurde ein eingetragener Verein mit dem Namen Asylarbeitskreis Heidelberg e.V. (AsylAK) von 25 Mitgliedern gegründet.²⁶ „Zweck des Vereins ist der humanitäre Einsatz für Personen, die vor Menschenrechtsverletzungen und Gefahr für Leib und Leben in die Bundesrepublik Deutschland geflüchtet sind. Weitere Zielsetzungen sind die sachliche Aufklärung der Öffentlichkeit und Gespräche mit Behörden, zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Flüchtlingen und Deutschen.“²⁷ Zum Vorsitzenden wurde Heinrich Reinhard (Student), zur stellvertretenden Vorsitzenden Vera Spindler (Sozialarbeiterin), und zur Finanzreferentin Annegret Fabricius (Lehrerin) gewählt.²⁸ Auch die Raumfrage wurde bald geklärt. In der Evangelischen Stadtmission in der Landfriedstraße 16 konnte der AsylAK nun einziehen. Sie bot geradezu ideale Bedingungen: Es gab ein Büro und einen Versammlungsraum, in dem die immer größer werdenden Treffen und das Asylcafé stattfanden. Diese Wohnung blieb dem AsylAK bis 2001 erhalten. Oberbürgermeisterin Beate Weber wurde zur Einweihung eingeladen.²⁹ Wertvolle Hilfe verdankte der AsylAK Siglinde Haußecker die im Rahmen ihrer Tätigkeit beim Diakonischen Werk mit ihm eng zusammenarbeitete. Sie nahm an den Sitzungen teil, unterstützte Aktionen und beriet Geflüchtete. Nach ihrem Abschied aus Heidelberg übernahm Ellen Jahraus-Michy diese Rolle.

Der idealen Arbeitssituation stand nun aber eine schwierige Finanzsituation gegenüber. Während der bisherige Versammlungsort umsonst war, kamen jetzt monatliche Ausgaben in Höhe von 900-1000 DM (davon Miete 683 DM) dazu, denen Einnahmen aus Spenden von 250 DM gegenüberstanden.³⁰ Verschiedene Bettelbriefe an die Stadt Heidelberg und an das Landratsamt des Rhein-Neckar-Kreises zeu-

gen von der prekären finanziellen Lage. Bürgermeister Beß lehnte einen regelmäßigen Mietkostenzuschuss ab, vertröstete den AsylAK aber mit einer Sonderzuwendung, wenn am Ende des Jahres Haushaltsmittel übrig bleiben sollten, was nicht gerade Planungssicherheit schaffte.³¹ Erwähnenswert ist die Antwort von Landrat Schütz, zeigt sie doch den unterschiedlichen Umgang mit Geflüchteten und ihren Helfer*innen zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und Heidelberg. Dem AsylAK wird in scharfem Ton eine Absage erteilt mit dem Argument, dass die Asylbewerber Residenzpflicht hätten und den Landkreis gar nicht verlassen dürften, um sich in Heidelberg beraten zu lassen.³² Erfolgreich mit seinen Anfragen war der AsylAK lediglich bei der Stadtmission, die die Betriebs- und Heizungskosten übernahm.³³ Eine bemerkenswerte Spendenaktion besserte die Finanzen für einige Zeit: Die Künstlergruppe '79 stellte 70 Werke, Originalzeichnungen, Radierungen etc. zur Verfügung, die im Jugendtheater versteigert wurden und 4160 DM einbrachten. Sie wurden vom Intendanten des Theaters, Peter Stolzenberg, überreicht.³⁴

Angesichts der großen Anzahl der Geflüchteten und der zunehmenden Fremdenfeindlichkeit erweiterte der AsylAK Anfang der 90er Jahre seinen Tätigkeitsbereich erheblich. Er veranstaltete Begegnungsfreizeiten, Vorträge in Kirchengemeinden, Vereinen und Schulklassen, Veranstaltungen in der Volkshochschule, Informationsstände. Dabei wurde immer wieder daran erinnert, dass eine Million Deutsche während der NS-Zeit fliehen mussten und im Ausland Asyl erhalten hatten. Ein Plakat mit den Abbildungen prominenter Flüchtlinge aus Deutschland unterstützte diese Mahnung. Die ehrenamtlichen Berater*innen wurden in Fortbildungsseminaren zum Asylrecht geschult, die der Jurist Jürgen Blechinger durchführte.

Im Oktober 1991 entstand unter Beteiligung des AsylAKs und dreißig weiterer Gruppen und Institutionen das Netzwerk Heidelberger Bündnis für Asyl und gleichberechtigtes Zusammenleben (Bündnis). Es war die Reaktion auf die abscheulichen Anschläge gegen Flüchtlinge und Migranten, u.a. in Hoyerswerda sowie die rassistische Rhetorik einiger Politiker. Das Bündnis wurde initiiert von Albrecht Rohrmann, dem damaligen Geschäftsführer des Kreisverbands der Grünen und der Verfasserin in ihrer damaligen Funktion als Mitglied des Grünen Kreisvorstands. Nachdem Albrecht Rohrmann Heidelberg bald danach verließ, organisierte sie die Aktivitäten des Bündnisses. Es war ein lockerer Zusammenschluss von über dreißig Gruppen bzw. Institutionen, die sich in Heidelberg mit Ausländer- und Asylfragen befassten. Neben Migrant*innen-Gruppen, dem AsylAK und Flüchtlingsinitiativen in den Stadtteilen gehörten ihm Caritas, Diakonisches Werk, Parteien (Grüne/GAL, SPD), der Ausländerrat, der Verband Deutscher Sinti und Roma, die jüdische Gemeinde und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) an. „Das Bündnis sieht es als seine Aufgabe an, gemeinsam und öffentlich für die Erhaltung des Asylrechts und gegen Ausländerfeindlichkeit aufzutreten“³⁵, heißt es in der Grundsatzklärung. Es organisierte Demonstrationen, Pressekonferenzen und kulturelle Veranstaltungen mit dem Ziel, zur Versachlichung der Diskussion, zu Hilfsbereitschaft und Toleranz beizutragen. Treffen fanden einmal im Monat zusammen mit dem AsylAK in der Landfriedstraße 16 statt, mit dem gemeinsam auch ein monatlicher Rundbrief an die Mitglieder verschickt wurde. Beide zeichneten verantwortlich für eine Demonstration am 13. Mai 1993 gegen die geplante Änderung des Grundrechts auf Asyl, den sog. „Bonner Asylkompromiss“. Die Demo wurde als Trauer- und Protestzug angekündigt. Alle sollten Schwarz tragen, ein Sarg, der die bevorstehende Abschaffung des

Asylrechts symbolisierte, führte den Zug an.³⁶ Eine besonders phantasievolle Aktion fand zu dieser Zeit ebenfalls in der Verantwortung des Bündnisses mit einer Schulklasse statt: Die Kinder bauten eine Mauer mit Umzugskartons mitten in der Hauptstraße beim Bunsendenkmal und beschrifteten sie mit Protesten, um auf die Abschottung Europas gegen Flüchtlinge durch die Grundgesetzänderung aufmerksam zu machen.³⁷

2.2 Folgen der steigenden Flüchtlingszahlen

Wegen der steigenden Zahl der Asylsuchenden wurde die Zuweisungsquote für die Kommunen immer weiter erhöht. Im Juli 1992 betrug sie 9,5 pro 1000 Einwohner, so dass die Stadt 1311 Geflüchtete aufnehmen musste. Sie war bestrebt, „den um Asyl nachsuchenden Menschen für die Dauer des Verfahrens einen humanen Aufenthalt in Heidelberg zu gewährleisten.“³⁸ Im Gegensatz zu anderen Städten blieb Heidelberg weiterhin bei einem dezentralen Aufnahmesystem. Zwar konnten Geflüchtete nun nicht mehr überwiegend in angemieteten Wohnungen untergebracht werden, vielmehr richtete die Stadt Unterkünfte für kleine Gruppen in den verschiedenen Stadtteilen ein, zum Teil in umgewidmeten Hotels wie dem „Deutschen Kaiser“ in Handschuhsheim oder im „Goldenen Löwen“ in Ziegelhausen. Diese kleineren Unterkünfte mitten in den Stadtteilen sollten, anders als große Unterkünfte weit abseits der Stadt, zugleich der Sicherheit der Asylbewerber und ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung dienen.³⁹ Diesem Konzept entsprach freilich nicht die Unterkunft im Oftersheimer Weg 19, die weit draußen direkt neben der Mülldeponie („Recyclinghof“) lag. Die Unterstützergruppe dieser Unterkunft, der die Verfasserin selbst angehörte, übte sich in gewaltfreiem Widerstand und richtete eine Telefonkette ein, um auf einen Überfall vorbereitet zu sein. Eine Rattenplage führte 1996 zur Schließung der Unterkunft. Insgesamt gab es 1992 elf Unterkünfte. Nicht nur die Asylkreise in den Stadtteilen, sondern teilweise auch die Stadtteilvereine und die Bevölkerung insgesamt, unterstützten die Menschen nach Kräften, die vor allem aus dem ehemaligen Jugoslawien vor dem Bürgerkrieg geflohen waren. Der AsylAK war vor allem in der Unterkunft in der Henkel-Teroson-Straße aktiv. Dort lebten die Geflüchteten in Mobil Homes sehr gedrängt, es gab keinen Gemeinschaftsraum, was die Organisation von Aktivitäten, z.B. Sprachunterricht und Spielgruppen schwierig machte.

Unmut und Widerstand in der Bevölkerung kamen auf, als am westlichen Ende der Blumenthalstraße Mobil Homes für neunzig bis hundert Geflüchtete gebaut werden sollten. Es ist erstaunlich, mit welcher Vehemenz ein großer Teil der Bewohner gerade eines der wohlhabendsten Stadtteile sich gegen die Pläne der Stadt auflehnte. Sie lösten eine Medienkampagne aus, die weit über Heidelberg hinaus ging. U.a. empörte sich die Welt am Sonntag⁴⁰, es gab eine Unterschriftenliste, die von 300 im Umkreis der geplanten Asylunterkunft wohnenden Personen unterschrieben wurde, darunter ein Nobelpreisträger.⁴¹ Von anderen Gruppen erhielt Oberbürgermeisterin Beate Weber Unterstützung, u.a. von den Kirchengemeinden des Stadtteils. Ein offener Brief: „Es sind Menschen wie du und ich“, appellierte an das Mitgefühl der besorgten Anwohner*innen, in dem er an die Not der Menschen, die vor den Kriegsgefahren geflohen seien, erinnerte. In Heidelberg solle eine „Asylkonfrontation wie in anderen Städten durch bürgerschaftliche Gespräche und Kompromissbereitschaft vermieden“ werden.⁴² Die Oberbürgermeisterin bedankte sich in einem offenen Brief

in der RNZ vom 13. Oktober 1992 für die Unterstützung: „Da der Unwille, der Protest und die Ablehnung – vor allem von Menschen, von denen man es am wenigsten erwartet – noch nicht überwunden sind, ist die Hilfe möglichst vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger dringend erforderlich.“

Es gab in dieser bewegten Zeit gleichwohl Zeichen starker Solidarität mit Flüchtlingen und anderen Opfern rassistischer Angriffe. Nach den Mordanschlägen in Mölln am 23. November 1992 kamen bei einer von der GAL Fraktion organisierten Demonstration 5000 Menschen zusammen, mehr als je zuvor bei einer Demonstration in Heidelberg. Neben Repräsentant*innen der Stadt, der Parteien und der Kirchen war auch das Bündnis mit einer Rede vertreten.

2.3 Kirchenasyle

Während der 90er Jahre kam es in Heidelberg zu mehreren Kirchenasylen, die Geflüchtete vor einer als unmenschlich empfundenen Abschiebung schützen sollten. Familie K. wurde auf die Initiative des Diakonischen Werks und des AsylAK von der evangelischen Gemeinde in Rohrbach-West im Dezember 1992 in Obhut genommen. Die K.s, ein kurdisches Ehepaar aus der Türkei mit zwei kleinen Kindern, dessen Klage gegen die Ablehnung ihres Asylgesuchs negativ entschieden worden war und das vor der Abschiebung stand, hatte begründete Angst vor Verhaftung und Folter. Herrn K. wurde vorgeworfen, mit der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans PKK Verbindung zu haben. Gemeinden, die Kirchenasyl gewähren, berufen sich auf die christliche Beistandspflicht, zu der die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ein Thesenpapier beschlossen hatte. „Sie gilt auch gegenüber Menschen, die sich durch [...] Abschiebung an Leib und Leben bedroht sehen und sich deswegen um Hilfestellung an einzelne Christen, [...] eine Kirchengemeinde oder die Kirche wenden.“⁴³ „Beistand ist kein Widerstand gegen die Rechtsordnung.“⁴⁴ Das Thesenpapier betont, dass durch ein Kirchenasyl Zeit gewonnen werden solle, um eine Abschiebungsentscheidung im Einzelfall zu überprüfen.

Ein Kirchenasyl ist eine große Herausforderung für alle Beteiligten, für die Geflüchteten selbst, die die kirchlichen Räume über Wochen, manchmal Monate nicht verlassen dürfen und weiterhin unter Angst vor Abschiebung leiden, für die Kirchengemeinde und alle anderen Unterstützer*innen, also u.a. den AsylAK, die eine Betreuung meist rund um die Uhr organisieren müssen, sich um die Kommunikation mit den Behörden und dem Anwalt, um die Öffentlichkeitsarbeit und die ganz konkrete Versorgung der Familie mit Lebensmitteln kümmern müssen. Vertreter*innen der genannten Beteiligten trafen sich regelmäßig zu Besprechungen. Für den Notfall, d.h. für den Fall, dass die Polizei zur Abschiebung kommt, war eine Telefonkette vorgesehen: Möglichst viele Helfer*innen sollten sich nacheinander benachrichtigen und vor Ort zusammen kommen, um Zeug*innen der Abschiebung zu sein. Die gerade in der Kirche anwesenden Helfer*innen würden in diesem Fall mit der Familie einen Gottesdienst feiern, denn nach dem Gesetz darf die Polizei einen Gottesdienst nicht stören. Das Kirchenasyl fand während der Weihnachtszeit statt. Die Verfasserin hat selbst an der Betreuung in diesen Tagen teilgenommen und erinnert sich an eine sehr bewegende Zeit mit den K.s und den Mitarbeiter*innen. Nach einer weiteren gerichtlichen Überprüfung ihres Falles erhielten die K.s einen Aufenthaltstitel.

Die besondere Härte der Rechtsprechung gegenüber Kurden aus der Türkei führte 1994 zu einem weiteren Kirchenasyl in der Friedenskirche Handschuhsheim, die den jungen I. aufnahm. Die Anerkennung als Asylberechtigter war ihm mit dem Argument verweigert worden: „Diese Folterungen in der Staatssicherheitsdirektion vermögen ein Bleiberecht des Klägers gestützt auf das Asylgrundrecht nicht zu begründen“, da I. an einer „verbotenen Demonstration teilgenommen“ habe. Bei diesem Kirchenasyl, das erfolgreich beendet wurde, gab es ein Nachspiel. Die beiden Pfarrer der Gemeinde wurden angezeigt und die Kriminalpolizei musste wegen Vergehens gegen das Ausländergesetz ermitteln. Das Verfahren wurde jedoch nach etwa einem Jahr eingestellt.

Es gab noch weitere Kirchenasyle im Laufe der Zeit. Bei zwei Kirchenasylen in der Christus- bzw. in der Blumhardtgemeinde waren Iraner betroffen. Das mit der längsten Dauer, etwa acht Monate, fand 2001 in der Ev.-Luth. Gemeinde in St. Thomas statt und schützte eine Roma-Familie vor der Abschiebung nach Albanien. In allen drei Fällen erhielten die Familien einen Aufenthaltstitel.

2.4 Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes

1993 war eine Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes beschlossen worden, die nicht nur eine Kürzung der Zuwendungen unterhalb des Sozialhilfeniveaus vorsah, sondern auch, dass die lebensnotwendigen Dinge als Sachleistungen ausgegeben werden sollten. Im ersten Jahr ihres Aufenthalts wurden nun Lebensmittelpakete, Hygieneartikel, in einigen Bundesländern auch Kleidung an die Geflüchteten verteilt. Sie erhielten außerdem ein Taschengeld von 80 DM.⁴⁵ Diese Maßnahmen wurden von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Asylinitiativen heftig kritisiert. Das Bündnis zusammen mit seinen aktivsten Mitgliedern, dem AsylAK, sowie dem Diakonischen Werk und der Caritas Heidelberg, initiierte eine bundesweit bis dahin einmalige Aktion, „Rückkauf von Menschenrechten“.⁴⁶ Im Rhein-Neckar-Kreis war die Paketverpflegung im Januar 1994 bereits eingeführt worden. Das Bündnis kam nun auf die Idee, einigen dort wohnenden Asylbewerber*innen ihre Pakete abzukaufen und an Heidelberger Bürger*innen weiter zu verkaufen, um auf das neue Asylbewerberleistungsgesetz, seine Folgen für die Geflüchteten und für die Gesellschaft allgemein aufmerksam zu machen. Im Aufruf zur Aktion hieß es: „Alle, die sich mit Flüchtlingen solidarisch erklären, werden gebeten, sich eine Woche lang aus Lebensmittelpaketen zu ernähren und danach über ihre Erfahrungen zu berichten. Es wäre wünschenswert, dass sich vor allem auch Prominente (aus Politik, Kirche, Stadt, Fachleute wie Ärzte, Ernährungswissenschaftler) daran beteiligen.“⁴⁷ Am 9. Dezember 1993 fand eine Auftaktveranstaltung statt, auf der man, ganz um Objektivität bemüht, beide Seiten zu Wort kommen ließ – nämlich Pfarrer Wolfgang Weber und Wolfgang Piorkowski, Leiter der Asylstelle Heidelberg, der die gesetzlichen Vorgaben verteidigen musste. Wolfgang Weber warnte eindringlich vor den Folgen für die Gesellschaft im Allgemeinen, wenn eine Gruppe von Menschen vom Sozialstaatsprinzip ausgeschlossen werde und weniger erhalte als das, was vom Bundessozialhilfegesetz (BSGH) als Existenzminimum angesehen werde. Für die aktiven Mitarbeiter*innen des Bündnisses war nun ein großer organisatorischer Aufwand zu bewältigen: Es musste Kontakt mit Flüchtlingen im Rhein-Neckar-Kreis aufgenommen werden, es mussten Personen gefunden werden, die nicht nur der Akti-

on wohlwollend gegenüberstanden, sondern auch bereit waren, das Geld für die Pakete zu bezahlen, sich eine Woche von den Inhalten zu ernähren und schließlich darüber zu berichten. Auch der Kauf der Pakete und ihr Transport zum Diakonischen Werk mussten getätigt werden, wo die Probanden sie abholten – manchen wurden sie auch ins Haus gebracht. All das duldeten keinen Aufschub, weil die Pakete verderbliche und tiefgefrorene Lebensmittel enthielten. Außerdem musste die Öffentlichkeitsarbeit weitergeführt, Informationsstände organisiert und Lobbyarbeit gemacht werden. Die Heidelberger Dekane der katholischen und evangelischen Kirche, die Leiter von Caritas und Diakonischem Werk Heidelberg und der DGB Region Nordbaden sandten einen besorgten Brief an die Bundesministerin für Familie und Senioren sowie an den Innenminister von Baden-Württemberg.

Mit dem Titel „Gegessen wie Asylbewerber“ lud das Bündnis zu einer weiteren Veranstaltung ein, auf der die Aktion „Rückkauf von Menschenrechten“ ausgewertet wurde.⁴⁸ Sie wurde von Thomas Bormann vom Süddeutschen Rundfunk moderiert. Der Eindruck der 58 Testesser ergab insgesamt ein sehr negatives Bild. 58 Personen hatten die Pakete gekauft, 25 hatten durchgehalten und sich eine Woche lang davon ernährt. Die meisten fanden die Versorgung nicht ausreichend und die Zusammensetzung mangelhaft. Durchschnittlich wurden für 20 DM ergänzende Lebensmittel dazugekauft, so viel wie ein Asylbewerber in der Woche als Taschengeld erhielt. Aber es ging ja gar nicht nur um den Inhalt der Pakete, sondern um die diskriminierende Behandlung von Menschen, die bei uns Schutz suchen. Wenn Flüchtlinge nicht selbst einkaufen und sich keine Mahlzeit nach ihrem Geschmack zubereiten können, dann schränkt das ihr Selbstbestimmungsrecht und ihr Wohlbefinden erheblich ein. Wenn sie die Pakete abholen, werden sie als Asylbewerber*innen erkannt und oft genug als „Wirtschaftsflüchtlinge“ beleidigt. Ein Asylbewerber, der zur Vorstellung der Aktion eingeladen war, berichtete, auf Ämtern und in der Straßenbahn begegne man ihm, als sei er „wegen des Essens [gekommen, aber] wir kommen aus einer Diktatur.“⁴⁹ Besonders gravierend wurde aber von den Flüchtlingshelfer*innen angesehen, dass die Paketverpflegung einzig und allein der Abschreckung diene, wie die Politiker ausdrücklich erklärten. So müssten die Flüchtlinge, die hier lebten, als Sündenböcke herhalten für die, die ferngehalten werden sollten.⁵⁰ Mit jedem Paket zeige man ihnen, dass sie hier nicht erwünscht seien. Wegen des Verwaltungsaufwands kostete die Versorgung mit Sachleistungen den Steuerzahler allein in Baden-Württemberg pro Jahr 60 Millionen DM mehr, als wenn Bargeld ausgezahlt worden wäre.⁵¹

Die Heidelberger Aktion fand ein großes überregionales Echo. Die Stuttgarter Zeitung, die Frankfurter Rundschau, die taz, die Badische Zeitung, um nur einige zu nennen, berichteten darüber und sie wurde in vielen Städten nachgeahmt. Nicht von allen wurde sie positiv aufgenommen: An den Ständen begegnete den Aktivist*innen häufig Ablehnung: „Die Asylbewerber sollen froh sein, dass sie hier sind und sich nicht noch über das Essen beschweren.“⁵² Das Sozialamt des Rhein-Neckar-Kreises drohte den Mitarbeiter*innen des Asylarbeitskreises mit einer Anzeige wegen Verstoßes gegen die Gewerbeordnung, wenn sie Flüchtlingen Pakete abkauften. Das „Sonntagsblatt“ warf den Initiator*innen „moralischen Rigorismus“ vor.⁵³

Zum Erfolg hat die Aktion nicht geführt, aber sie hat ein Zeichen gesetzt für die Heidelberger Bevölkerung und das Sozialamt, das mit der Wachsamkeit der für Asyl

Engagierten rechnen musste. Die Paketverpflegung wurde im April 1994 eingeführt und verdarb den Flüchtlingen noch 15 Jahre lang den Appetit.

2.5 Protest gegen Abschiebungspolitik

In den 90er Jahren beschäftigte auch die Situation im Kosovo den AsYLAK und andere im Bündnis zusammengeschlossene Organisationen. Nach der Aufhebung der politischen und kulturellen Autonomie des Kosovo 1990 begann eine konsequente Serbisierung: Kosovo-Albaner verloren zu 70% ihre Arbeit in der Verwaltung und in der öffentlichen Wirtschaft, es kam zu willkürlichen Verhaftungen und Folter. In den Schulen wurden die Lehrpläne geändert und das Albanische auf ein Minimum reduziert.⁵⁴ Diese Lage trieb Kosovo-Albaner in großer Zahl in die Flucht. Ihre Chance auf Asyl war aber gering. Als damalige Vorsitzende des Bündnisses hat sich die Verfasserin – zusammen mit dem Asylarbeitskreis, dem Diakonischen Werk und dem Ausländerrat – besonders um eine Familie aus dem Kosovo gekümmert, die Familie A., die während drei Jahren in der Asylunterkunft im Oftersheimer Weg lebte. Sie hatte nach Ablehnung ihres Asylantrags eine Ausreiseaufforderung erhalten, konnte der aber nicht nachkommen, weil Serbien sich bis dahin geweigert hatte, Kosovo-Albaner zurückzunehmen. Deshalb traf es sie ganz unvorbereitet, als sie mit ihren drei noch sehr kleinen Kindern abgeholt und ohne Vorankündigung in ein Flugzeug nach Tirana gesetzt wurde.⁵⁵ Das bedeutete, dass die Familie, die im fremden Land keine Kontakte hatte, drei Wochen auf der Straße leben musste. Dieser Umgang mit Menschen empörte die Unterstützer*innen. Sie gaben eine Presseerklärung heraus,⁵⁶ schrieben Briefe an den Landesinnenminister, an die Heidelberger Ausländerbehörde, an den UNHCR, sie veranlassten eine Resolution des Ausländerrats zu dem Vorfall.⁵⁷ Unter anderen wandte sich der Landtagsabgeordnete Dietrich Hildebrandt an das Regierungspräsidium und erhielt die beherrschende Antwort, die Kosovo-Albaner gehörten ja der gleichen Ethnie wie die Albaner an und hätten in Albanien die gleichen Rechte und die Familie könne ja auch über die grüne Grenze zurück ins Kosovo gelangen.⁵⁸ Als besonders unfair empfanden die Unterstützer*innen damals, dass diese Abschiebung unmittelbar vor Abschluss des Rücknahmeabkommens mit Serbien geschah. Das Schicksal der Familie A. teilten viele Kosovo-Albaner*innen.

Das Bündnis organisierte zwei Veranstaltungen zum Thema Kosovo in der Volkshochschule, die ein gutes Presseecho fanden. Die erste mit dem Titel „Rückführung der Kosovo-Flüchtlinge um jeden Preis?“ fand am 24. Juni 1996 statt und sollte in erster Linie Information, die in der Presse zu kurz kam, vermitteln, zugleich aber auch Solidarität mit den Flüchtlingen aus dem Kosovo demonstrieren, die von Abschiebung bedroht waren.⁵⁹ Diese waren dann auch zahlreich zu der Veranstaltung erschienen. Nach Auffassung des Bündnisses erlaubte die politische und die Menschenrechtssituation im Kosovo damals keine Abschiebungen. In diesem Sinn sprachen Dr. Muje Rugova, Vorstandsmitglied der Demokratischen Liga des Kosovo (LDK), die sich mit gewaltlosem Widerstand für die Autonomie des Kosovo einsetzte, die Bundestagsabgeordnete Angelika Köster-Lossack und Pfarrer Wolfgang Weber.⁶⁰

Seit Anfang 1997 spitzte sich die Lage tatsächlich gefährlich zu. Es gab eine zweite Veranstaltung am 30. Juni zur drohenden Kriegsgefahr im Kosovo. Flüchtlingsorganisationen fürchteten, dass u.a. die Abschiebungen in den Kosovo, die nach dem Rücknahmeabkommen in großer Zahl stattfanden, zur Verschärfung der

Krise beitragen könnten. Auf dem Papier war eine Rückkehr „unter voller Achtung der Menschenrechte und Würde der zurückkehrenden Personen“ zugesagt, aber da keine Institutionen zur Überwachung des Abkommens vorgesehen waren – die OSZE war 1993 aus Serbien herausgeworfen worden – konnte man dieser Zusicherung nicht trauen.⁶¹ Bei der Veranstaltung waren wichtige Institutionen vertreten: die Kosovoregierung im Exil (Peter Coli), der Bundestag und die OSZE (MdB Gerd Weiskirchen), das Auswärtige Amt (Bernd Borchardt) und die Helsinki Citizens' Assembly (Renate Wanie). Mitveranstalter war neben den im Bündnis organisierten Institutionen auch der Deutsch-Albanische Verein VATRA.

Im Rahmen des Bündnisses fanden bis 2000 noch mehrere Veranstaltungen und Aktionen statt, u.a. zur Bildung von zugewanderten Kindern⁶² und zur doppelten Staatsbürgerschaft. Am 9. November, dem Gedenktag der Pogromnacht, wurde zu einer Unterschriftensammlung aufgerufen: „Wir wollen angesichts der massiven Gewalt und offenen Fremdenfeindlichkeit nicht wieder – wie 1938 – in Resignation verfallen.“⁶³

Der Protest der Asyl-Engagierten gegen Abschiebungen bezog sich nicht nur auf den Kosovo. Zunehmend wurden Fälle bekannt, die „eine unzumutbare Härte für die Betroffenen darstellten, entweder wegen ihrer persönlichen Lage oder wegen der ihnen im Herkunftsland drohenden Gefahr,“ heißt es in einer Presseerklärung des Bündnisses bereits 1994. Sie zitiert Dieter Berberich von der Polizeigewerkschaft, der auf die Gewissensnöte von Polizeibeamt*innen hinwies, die Flüchtlinge in Kriegs- und Krisengebiete abschieben müssen. Ein Abschiebestopp wurde für verschiedene Länder gefordert, vor allem für Kurden und Christen aus der Türkei.⁶⁴ Prominente wurden gesucht, die in solchen besonders gravierenden Fällen im Vorfeld drohender Abschiebungen öffentlich protestieren.

2.6 Gesetzesverschärfungen und verstärkte Zusammenarbeit mit der Stadt

Am 29. Oktober 1996 feierte der AsylAK sein zehnjähriges Bestehen. Auf welches Datum sich die zehn Jahre bezogen, ist nicht ganz klar, die Vereinsgründung war ja erst 1991 erfolgt, wahrscheinlich war es die Gründung des „Asylarbeitskreises Humanes Exil“ 1987. Das Jubiläum wurde mit einem „multikulturellen Fest für ein internationales, tolerantes und buntes Heidelberg“ gefeiert, bei dem Bürgermeister Dr. Jürgen Beß ein Grußwort sprach. Vera Mercan (vorher Spindler), die zehn Jahre lang Vorsitzende des AsylAK war, gab einen Rückblick auf den Kampf gegen die zunehmende ausländer- und sozialrechtliche Schlechterstellung der asylsuchenden Flüchtlinge.

1997 verschärfte sich die Lage der Asylbewerber abermals: Eine Kürzung der Leistungen um 20% wurde eingeführt, ein totales Arbeitsverbot, ein neues „FlüAG“ (Flüchtlingsaufnahme- und Unterbringungsgesetz) schrieb die Unterbringung in Sammellagern zwingend vor, und die Sozial- und Verfahrensberatung durfte nicht mehr durch die Wohlfahrtsverbände, sondern musste durch Sozialarbeiter*innen der Stadt durchgeführt werden. Diese durften aber nur formal auf das Asylverfahren vorbereiten, außerdem gab es viel zu wenige, um dem Bedarf gerecht zu werden. Der Asylarbeitskreis musste nun sein Beratungsangebot verstärken. Die Evangelische Landeskirche kam für die Kosten von Rechtsanwalt Berthold Münch auf, der einmal in der Woche eine Sprechstunde in den Räumen des AsylAKs anbot.

Was an Kürzungen und Verschärfungen durch Bund und Land diktiert wurde, bemühte sich die Stadt abzumildern: Oberbürgermeisterin Beate Weber initiierte 2000 die „Leitlinien zur Betreuung ausländischer Flüchtlinge“, die auf dem Stadtentwicklungsplan 2010 beruhen. Die Stadt war damals für fast 3000 Flüchtlinge (Asylbewerber, anerkannte Flüchtlinge, Geduldete) verantwortlich und Bürgermeister Jürgen Beß lud verschiedene Organisationen und Initiativen, die Flüchtlinge unterstützen, zu einem Runden Tisch ein, der in den Jahren 2001/2002 mehrfach zusammenkam. Vor allem ging es darum, die Chancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern, die fast 50% der Flüchtlinge in Heidelberg ausmachten. So sorgte die Stadt z.B. dafür, dass Kinder, für die keine Schulpflicht bestand und für die vom Staat auch keinerlei finanzielle Hilfe bei der Einschulung vorgesehen war, eine Schultüte und eine Grundausstattung, die durch Privatspenden finanziert wurden, erhielten. Es ging außerdem um die sprachliche Förderung der Kinder im Vorschulalter und die Vorbereitung der Jugendlichen auf eine Berufsausbildung.⁶⁵

Ein wichtiges Ergebnis der Leitlinien ist ein Kooperationsvertrag, den die Stadt mit dem Asylarbeitskreis schloss. Damit begann 2001 eine neue Ära der Asylarbeit in Heidelberg. „Ziel dieses Vertrags ist es, das Bürgerschaftliche Engagement zu organisieren und zu koordinieren, Angebote in der Freizeitgestaltung und außerschulischen Betreuung von Flüchtlingskindern zu machen und Dolmetscher im Rahmen der sozialen Betreuung zu organisieren.“⁶⁶ Dafür bezahlte die Stadt bescheidene acht Wochenstunden einer Sozialarbeiter*innenstelle. Susanne Sommer, die noch heute für den Asylarbeitskreis tätig ist, übernahm diese Aufgabe. Hier wurde eine neue Einstellung der Stadtverwaltung gegenüber Flüchtlingen sichtbar: Sie machte keinen Unterschied im Status der Flüchtlinge. Bisher war die Devise: keinerlei Integration, solange Flüchtlinge nicht als asylberechtigt anerkannt sind. Dies galt jetzt nicht mehr. Die RNZ nannte das Ziel des Kooperationsvertrages: „Neue, gemeinsame Wege wollen die beiden [Stadt und Asylarbeitskreis] beschreiten, um Flüchtlingen das Leben in Deutschland ein wenig leichter zu machen und gleichzeitig dem Fremdenhass entgegenzuwirken.“⁶⁷ Ganz selbstlos und nur einer humaneren Politik verpflichtet ist der Kooperationsvertrag der Stadt auch wieder nicht, denn unter den vielen Aufgaben, die ehrenamtlich übernommen wurden, waren auch manche, um die die Stadt sich sonst selbst hätte kümmern müssen oder die, wenn sie ignoriert würden, zu sozialen Verwerfungen hätten führen können. Der Vertrag mit der Stadt war befristet und der AsylAK musste von Jahr zu Jahr bangen, ob er verlängert würde. Da die Arbeit mit den wenigen Stunden nicht zu leisten war, erhöhte der AsylAK die Arbeitszeit von Susanne Sommer durch Spendengelder.

3. Asylarbeit von 2001–2015: Die Asylarbeit wird professioneller

Die Tätigkeiten des AsylAKs veränderten sich nicht grundsätzlich, sie wurden nun aber dank sozialpädagogischer Unterstützung umfangreicher und professioneller. Die Ehrenamtlichen kümmerten sich um Hausaufgaben- und Nachhilfe, sprachen mit den Lehrkräften, besuchten Elternabende mit den Geflüchteten. Manche engagierten sich bei einzelnen Familien, begleiteten sie z.B. zu Behörden, zum Arzt, halfen bei der Wohnungssuche und bei der Beschaffung von Möbeln, sobald die Familie aus der Gemeinschaftsunterkunft ausziehen durfte und halfen bei der Arbeitssuche. Deutschunterricht (zusätzlich zum Angebot der Stadt), Kinderfreizeiten in Hei-

ligkreuzsteinach zusammen mit dem Diakonischen Werk und Ferienprogramme wurden von Ehrenamtlichen angeboten. Im Juli gibt es bis heute ein Sommerfest auf dem Gelände der Unterkunft in der Henkel-Teroson-Straße mit Spielen, Grillen und Vorführungen, z.B. durch den Zirkus Konfetti, der Flüchtlingskinder zusammen mit Einheimischen trainiert. Anfang Dezember organisierte der AsylAK zusammen mit dem Ausländer-und Migrationsrat während langer Zeit eine Nikolausbescherung für die Flüchtlingskinder. Um die Spielnachmittage in der Unterkunft kümmert sich seit vielen Jahren Annette Kritzer mit großem Engagement. Sie war auch von 2005 bis 2008 Vorsitzende des AsylAK. Ehrenamtliche begleiteten Flüchtlinge auch zu den Anhörungen des BAMF nach Karlsruhe. Sie hatten eine wichtige Kontroll-Funktion u.a. bei der Überprüfung der Protokolle der Anhörung.



Zirkus Konfetti
(Foto: AsylAK)



Sommerfest 2009
(Foto: AsylAK)

Welche Geflüchteten Unterstützung brauchten, meldeten entweder die Sozialarbeiter*innen der Stadt dem Asylarbeitskreis – die Mitglieder des Vereins, die regelmäßig in den Unterkünften Besuche machten und mit den Flüchtlingen im Gespräch waren, sahen, wo Hilfe nötig war, oder die Koordinatorin selbst erfuhr es in ihren Sprechstunden. Bei der Anwerbung von Dolmetscherinnen kam dem Asylarbeitskreis der Standort zu Hilfe: die internationale Stadt Heidelberg, in der nicht nur viele Migrant*innen leben, sondern auch viele ausländische Studierende. Durch Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen zur Gewinnung von Ehrenamtlichen, wie z.B. beim sog. Erstsemesterinfotag in der Universität, wurden auch Freiwillige gewonnen, die fremde Sprachen, zumal weniger geläufige wie Urdu, Farsi oder Tigrinya sprachen. Oft konnte der AsylAK anderen Institutionen Dolmetscher*innen empfehlen. Für alle Flüchtlingshelfer*innen fanden regelmäßig Qualifizierungsmaßnahmen durch das Diakonische Werk statt, die zeitweise über Projektgelder des Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) finanziert wurden.⁶⁸

Die Arbeit des AsylAKs wurde 2001 gewürdigt durch die Verleihung des Friedenspreises der Stiftung Heidelberger Friedenskreuz. Er erhielt den Preis zusammen mit einer Schülerprojektgruppe der internationalen Gesamtschule, die sich mit dem Thema Zwangsarbeiter beschäftigte und mit Nico von Holtey, der Roma-Flüchtlinge unterstützte.

So positiv sich die Arbeitsbedingungen durch den Vertrag mit der Stadt gestalteten, so nachteilig wirkte sich ein anderer Umstand aus. Das geräumige Büro in der Landfriedstraße wurde 2001 gekündigt. Ersatz wurde beim katholischen Dekanat gefunden, das dem AsylAK eine sehr kleine Wohnung in der Plöck 101 vermietete. Sie bot nur eingeschränkt Platz für die Büroarbeit und die Beratungen. Die Plenen können dort nicht stattfinden. Sie wurden seither und werden bis heute in der nahegelegenen Evangelischen Studierendengemeinde veranstaltet, die ihre Räume kostenlos zur Verfügung stellt; Termine mussten nun immer mit deren Bedürfnissen abgestimmt werden.

Bei zwei Projekten, die Flüchtlingen während des Verfahrens zugute kamen, beteiligte sich der AsylAK ab 2001: Quasie und Qualibike. Quasie⁶⁹, ein von der EU finanziertes Projekt, sollte durch Sprachförderung und EDV-Kurse die berufliche Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen vorbereiten. Qualibike stellte Fahrradwerkstätten bereit, in denen Jugendliche und junge Erwachsene, die zu dieser Zeit einem dreijährigen Arbeits- und Ausbildungsverbot unterlagen, die Möglichkeit geben, Fahrradreparatur zu erlernen und selbst auf diese Weise ein preiswertes oder kostenloses Fahrrad zu erwerben. Mit diesen beiden Projekten brach auch die EU ebenso wie die Stadt Heidelberg ein Tabu, nämlich, dass Asylbewerber vor der Anerkennung keinerlei Integrationsmaßnahmen erhalten sollten.

Viel Sorgfalt und Phantasie hat der AsylAK jedes Jahr auf die Gestaltung des Tages des Flüchtlings Ende September/Anfang Oktober verwandt. Die Veranstaltung dazu ist nach wie vor die Visitenkarte des AsylAKs. Eingeladen sind Flüchtlinge und Flüchtlingshelfer*innen sowie Personen aus verschiedenen Bereichen der Öffentlichkeit. Vertreter*innen der Stadt, des Diakonischen Werks, des Gemeinderats und anderer Institutionen sprechen Grußworte, meist gibt es einen Vortrag zu einem aktuellen flüchtlingspolitischen Thema oder Berichte von Geflüchteten, Berichte aus der Arbeit des vergangenen Jahres, Live-Musik, Theateraufführungen durch Flüchtlinge und ein internationales Büfett, zu dem Flüchtlinge und Helfer*innen gemeinsam

beitragen. Ali Varul und seine Band haben die Feste viele Male mit kurdischer Musik bereichert. 2005 gab es eine stark beachtete Fotoausstellung, die Porträts von Flüchtlingen zeigte, versehen mit ihren handschriftlichen Texten, welche ihre Wünsche und Hoffnungen für ihr Leben in Deutschland ausdrückten. Durch die Berichte in der Presse über die Veranstaltungen zum Tag des Flüchtlings versucht der Asyl-AK die Öffentlichkeit zu erreichen und um Verständnis für die Menschen, die bei uns Schutz suchen, zu werben.



Tag des Flüchtlings 2008 (Foto: AsylAK)

Die praktische Tätigkeit des AsylAK profitierte sehr durch die neue Unterkunft in der Henkel-Teroson-Straße im Pfaffengrund, die 2006 feierlich eingeweiht wurde. Endlich ein festes aus Stein gebautes Haus, endlich war auch der Wunsch des AsylAK nach einem Gemeinschaftsraum erfüllt. Dort konnten nun Deutschunterricht in Gruppen, Nachhilfe für einzelne Schüler*innen, Sprechstunden, Spielnachmittage und Theaterproben stattfinden. Die Wohnanlage galt als vorbildlich in Baden-Württemberg – unter den restriktiven Bedingungen des FLÜAG: 4,5 m² Schlaf- und Aufenthaltsraum für eine Person, weniger als für einen Schäferhund vorgeschrieben ist, 2–3 Personen in einem Raum, 2–3 Familien pro Wohneinheit. Kaum Platz gab es für eine Kleiderkammer. Der AsylAK konnte nur begrenzt gespendete Kleidung annehmen und musste auf andere Ausgabestellen verweisen.

3.1 Kampagnen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Geflüchteten

Der Asylarbeitskreis hat im Laufe der Jahre mehrere deutschlandweite Kampagnen aktiv unterstützt, darunter die Bleiberechtskampagne und die Save-me-Kampagne.

Bei der sog. Bleiberechtskampagne, die den AsylAK mehrere Jahre beschäftigte, ging es darum, ein Bleiberecht für die vielen „Geduldeten“ zu fordern. 2003 gab es 230.000 Menschen in Deutschland davon 350 in Heidelberg, die betroffen waren. Eine Rückkehr in ihr Herkunftsland war nicht möglich oder nicht zumutbar. Viele lebten schon sechs Jahre und mehr mit sog. Kettenduldungen, die alle paar Monate verlängert werden mussten, in quälender Ungewissheit und ständiger Angst vor Abschiebung. Grundlegende Rechte waren ihnen vorenthalten: u.a. hatten sie meist keine Arbeitserlaubnis, damit war ihnen auch eine Ausbildung verwehrt, es gab für sie auch keinen Familiennachzug. Der größte Teil der Betroffenen waren Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien, denen gegenüber Deutschland eine besondere Verantwortung hat – woran der AsylAK immer wieder erinnerte. Die Forderung der Kampagne war, „wer lange hier lebt, soll bleiben dürfen“, d.h. nach fünf bis sechs Jahren soll Flüchtlingen ein Bleiberecht gewährt werden.⁷⁰ Unterschriften unter diese Forderung wurde von Prominenten gesammelt, u.a. von Hilde Domin und Klaus Staack. Es gab mehrere Artikel in der RNZ zu einzelnen Betroffenen.⁷¹ Bei einem Infostand wurden Unterschriften und Kommentare auf Stoffbahnen geschrieben, die zusammengenäht eine riesige Banderole ergaben – viele Passanten beteiligten sich an der originellen Aktion. Mit der bundesweiten Kampagne konnte schließlich ein Teilerfolg errungen werden, die Hürden für ein Bleiberecht waren aber so hoch, dass nur wenige Flüchtlinge sie überwinden konnten. Wie soll man eine Arbeit finden, um seinen Lebensunterhalt selbst zu bestreiten, wenn man nur ein auf wenige Monate begrenztes Aufenthaltsrecht hat und wenn man nur Arbeiten annehmen kann, für die sich kein*e sog. Bevorrechtigte*r (Deutsche und Ausländer mit festem Aufenthalt) bewirbt?

Eine andere bundesweite Kampagne, an der sich der AsylAK beteiligte, war die Save-me-Kampagne. Sie entsprach einer Forderung des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR). Danach sollte Deutschland wie bereits viele andere Länder jedes Jahr ein bestimmtes Kontingent von Flüchtlingen aufnehmen, die im Land ihrer Zuflucht nicht bleiben, aber auch nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren können. Wenigstens einigen von ihnen sollte durch ein sog. Resettlementprogramm (ein Programm zur Neuansiedlung) eine Zukunftsperspektive gegeben werden, nachdem ihre Asylberechtigung vom UNHCR festgestellt worden war. Die Save-me-Kampagne zielte darauf, auch unsere Regierung zur Teilnahme am Resettlement-Programm zu bewegen. Was konnte ein kleiner lokaler AsylAK beitragen? Er forderte dazu auf, sich als Pate auf seiner Homepage zu registrieren. Die Unterzeichner*innen erklärten sich dadurch mit der Kampagne solidarisch, und zugleich bereit, einzelne Resettlement-Flüchtlinge, die etwa in Heidelberg aufgenommen würden, bei der Integration zu unterstützen. In kurzer Zeit hatten sich 70 Personen gemeldet.⁷² Die Kampagne wurde von Gudrun Sidrassi-Harth, die von 2008 bis 2016 Vorsitzende des AsylAK war, initiiert. Sie bot die Gelegenheit, die Öffentlichkeit über das Schicksal von Flüchtlingen weltweit aufzuklären. Viele persönliche Briefe und Telefonate waren nötig, um eine ausreichende Anzahl von Gemeinderät*innen davon zu überzeugen, dass eine Aufnahme von Resettlement-Flüchtlingen nötig sei, um der Flüchtlinge willen, aber auch um der internationalen Solidarität willen. 2009 beschloss der Gemeinderat einstimmig, die Kampagne zu unterstützen und richtete damit einen Appell an die Bundesregierung, Geflüchtete aus Lagern weltweit aufzunehmen. Auch diese Kampagne brachte wenigstens einen klei-

nen Erfolg auf Bundesebene: Die Innenministerkonferenz beschloss 2011, sich dauerhaft am Resettlement-Programm zu beteiligen und jährlich 300 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aufzunehmen, ab 2015 wurde die Zahl auf 500 erhöht.

Nachdem inzwischen Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten für Asylbewerber gelockert waren, musste man auch an die Erlaubnis zu einem Studium denken. Wissenschaftsministerin Theresia Bauer berücksichtigte auf die Anregung der Verfasserin hin diesen Punkt bei der Neufassung des Landeshochschulgesetzes Baden-Württemberg. Seit 2009 können durch die Initiative des AsylAK auch Flüchtlinge studieren. Davon profitierten manche, vor allem diejenigen, die bereits in ihrem Herkunftsland ein Studium begonnen hatten, das sie durch die Flucht unterbrechen mussten. Wenn sie zügig Deutsch lernen und andere Bedingungen erfüllen, können sie nun schon während des Asylverfahrens studieren. Die Studierlaubnis war ein Beitrag zur Integration der Geflüchteten von Anfang an. Dafür hatte der AsylAK immer geworben, während die staatlichen Behörden eine Integration vor der Anerkennung lange abgelehnt hatten. Erfahrungsgemäß erhalten ca. 50% aller Asylbewerber – im Laufe der Zeit gab es Unterschiede – ein Bleiberecht, sei es im Verfahren, sei es auf dem Rechtsweg. Ihnen während der oft langen Dauer dieses langen Weges Arbeit, Ausbildung und jegliche Integrationsmaßnahmen vorzuenthalten, ist unbarmherzig gegenüber den Betroffenen und unklug im Blick auf ihre zukünftige Integration in die Gesellschaft. Davon war auch die Stadt Heidelberg überzeugt, als sie in den Jahren 2008 bis 2011 einen Kommunalen Integrationsplan erstellen ließ, der auch Asylbewerber*innen berücksichtigte. Zur Erarbeitung des Plans wurde der AsylAK eingeladen und nahm an mehreren Gremien teil.⁷³

Einen weiteren Erfolg erzielte der AsylAK 2009 auf lokaler Ebene: Die unbeliebte Paketverpflegung wurde auf Gutscheine umgestellt.⁷⁴ Das war erst nach zähem Kampf möglich, den vor allem die erste Vorsitzende Gudrun Sidrassi-Harth geführt hat. Immer wieder machte der AsylAK auf die unzumutbare Verpflegung mit Paketen aufmerksam, z.B. durch eine Aktion auf dem Marktplatz 2003.⁷⁵ Es gab verschiedene Möglichkeiten, die in anderen Städten angewandt wurden und die die Mitarbeiter*innen auf ihre Tauglichkeit prüften: ein Lastwagensystem. Dabei bringt ein Lastwagen ein begrenztes Angebot in die Gemeinschaftsunterkunft, ein Gutscheinsystem und ein Chip-System, wie es in Freiburg praktiziert wurde. In Heidelberg lehnten die Geschäfte, die dafür in Frage kamen, das Chip-System ab. Es gelang schließlich, Kaufland und Rewe und die Stadt von einem Gutschein-System zu überzeugen. Die Flüchtlinge atmeten auf, nachdem sie von dem Zwangssystem der Paketversorgung, das seit 15 Jahren in Heidelberg herrschte, befreit waren. Zurück blieben aber andere Schwierigkeiten: Der Gutscheinbetrag musste immer ganz dem Warenwert entsprechen, denn es gab kein Bargeld für Restbeträge. Außerdem schämten sich die Flüchtlinge vor den anderen Kunden, wenn sie mit Gutscheinen bezahlen mussten. Vor allem aber waren die Gutscheine zusammen mit einem minimalen Taschengeld so knapp bemessen, dass man davon kaum ein menschenwürdiges Leben führen konnte. Der Regelsatz, der seit 18 Jahren nicht mehr erhöht worden war, betrug 224,97€, inklusive Ernährung, Hygiene, Kleidung, Hausrat und Taschengeld (40,90€), und war damit um bis zu 47 Prozent geringer als die Leistungen von Hartz IV-Empfänger*innen, wie die RNZ am 19. Juli 2012 berichtete.

Gegen diesen Zustand gab es seit Längerem heftige Proteste der Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Flüchtlingsorganisationen. Eine Änderung wurde angestoßen

durch ein Urteil des Landessozialgerichts in Nordrhein-Westfalen, das 2010 die niedrigen Leistungen für Asylbewerber als verfassungswidrig einstufte. Das hatte aber noch keine Auswirkungen auf das Geld, das sie erhielten. Doch mit diesem Urteil im Hintergrund wagte es die Verfasserin im Auftrag des AsylAK, für 15 Familien (insgesamt 44 Personen) Klage beim Sozialgericht Mannheim zu erheben. Und tatsächlich bekam am 10. August 2011 die erste Familie Recht. Die Stadt wurde verpflichtet, den erwachsenen Familienmitgliedern monatlich 65,51€ zusätzlich zu gewähren. Rechtsanwalt Bertold Münch kommentierte den Beschluss: „Er setzt als erster seiner Art ein längst überfälliges Zeichen gegen die Vernachlässigung der Asylbewerber und macht unmissverständlich deutlich, dass auch sie ein Recht auf Sicherung ihres Existenzminimums haben.“⁷⁶

2012 fällte dann das Bundesverfassungsgericht sein bahnbrechendes Urteil. Es erklärte die „Höhe der Geldleistungen für evident unzureichend“, sie verletze die Menschenwürde. In der Urteilsbegründung fällt auch der denkwürdige Satz, der von Unterstützerguppen immer wieder zitiert wurde, dass ein Absenken des Leistungsniveaus nicht mit migrationspolitischen Erwägungen zu rechtfertigen sei.⁷⁷ In der Folge erhielten Asylbewerber Leistungen, die nur etwas niedriger als der Hartz IV-Betrag waren, dies wegen bestimmter Dinge, die Flüchtlinge kostenlos erhielten. Die 15 Familien, die in Heidelberg gegen die zu geringen Leistungen geklagt hatten, erhielten rückwirkend vom Datum des Widerspruchs an das ihnen zustehende Geld. Heidelberg war in Baden-Württemberg die erste Stadt, die gleich nach dem Karlsruher Urteil das Gutscheinsystem abschaffte und Bargeld auszahlte, obwohl das Verfassungsgerichtsurteil dazu nicht verpflichtete. Ob denn die Geflüchteten auch mit dem Geld für einen ganzen Monat haushalten könnten, fragte eine Stadträtin in einer Sitzung des Sozialausschusses. Auch wohlmeinende Stadträt*innen konnten sich offenbar nicht vorstellen, dass ganz normale Menschen zu uns kamen, die auch in ihrem Land schon mit Geld umgegangen waren. Die Flüchtlinge erhielten nun zwar Geld, viele durften aber kein Bankkonto eröffnen, wenn sie keine Ausweispapiere ihres Herkunftslandes vorweisen konnten, was auf viele zutraf. Ohne Bankkonto bestand die Gefahr, bestohlen zu werden. Durch zähe Verhandlungen mit der Sparkasse erreichte der Asylarbeitskreis schließlich ein Recht auf die Eröffnung eines Kontos auch für diese Flüchtlinge.

4. Asylarbeit von 2015 bis heute: Willkommen unter schwierigen Bedingungen

Es ist allgemein bekannt, dass die große Zahl der Flüchtlinge 2015 deutschlandweit, so auch in Heidelberg, eine überwältigende Hilfsbereitschaft auslöste. Der kleine Raum in der Evangelischen Studierendengemeinde, in dem die vierzehntägigen Plenen des AsylAK stattfanden, fasste die Menge der Interessierten nicht, so dass man auf andere Räume, z.B. im interkulturellen Zentrum, ausweichen musste. Andere Organisationsformen mussten gefunden werden. Alle vier Wochen gab es eine Einführung für neue Hilfsbereite. Dazwischen lagen die Plenen, die der normalen Organisation der Arbeit galten. Obwohl der Hilfsbedarf groß war, war es organisatorisch nicht zu leisten, allen Freiwilligen eine sinnvolle Aufgabe zu geben. Schließlich mussten alle in Heidelberg aktiven Organisationen, AsylAK, Diakonisches Werk und

Caritas, ankündigen, dass sie keine Helfer*innen mehr annehmen könnten. Mia Lindemann, von 2016 bis 2020 Vorsitzende des AsylAKs und die langjährige Koordinatorin, Susanne Sommer, haben in dieser schwierigen Zeit Erstaunliches geleistet. 2017 waren es 145 Ehrenamtliche, die zu betreuen waren.⁷⁸ Die Stadt bezahlte inzwischen 29 Wochenstunden für die Organisation der ehrenamtlichen Arbeit.

Durch die große Zahl der freiwilligen Helfer*innen konnte der Deutschunterricht in den Unterkünften ausgeweitet werden. Mit Geldern der Baden-Württemberg-Stiftung wurde das Projekt „Sprachbrücken“ eingerichtet, um das sich Julia Campos kümmerte. Hier wurden ehrenamtliche Lehrer*innen fortgebildet und eingesetzt, um den großen Bedarf an Sprachkursen zu decken. Soweit die Spendengelder dazu reichten, unterstützte der AsylAK Geflüchtete mit Bildungsgutscheinen für Deutschkurse in der VHS, die über die kostenlosen Kurse, die allen zustanden, hinausgingen. Viele spontane und phantasievolle Aktionen dachten sich die Heidelberger*innen aus, um die Geflüchteten willkommen zu heißen. Großen Anklang fand z.B. die Idee, Geflüchteten eine Kamera in die Hand zu geben und sie Bilder zum Thema „Mein November“ machen zu lassen. Die Aktion wurde vom dpunkt-Verlag, der mit den Geflüchteten einen Workshop durchführte, und vom AsylAK organisiert. Private Spender kamen für die Kameras auf. Die einzigartigen Bilder, die in der Stadtbücherei ausgestellt wurden, zeigten, wie die Geflüchteten Heidelberg erlebten. Hier waren sie nicht Objekte von Hilfe, sondern wurden als kreative Subjekte ernst genommen.

In den Jahren nach dem Höhepunkt der Zuwanderung lagen die Schwerpunkte der Asyларbeit auf der Unterstützung beim Spracherwerb und der Suche nach Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Ein Arbeitsverbot bestand nun nur noch für drei Monate, die Vorrangprüfung, d.h., dass Deutsche, EU-Bürger und anerkannte Flüchtlinge vorrangig bei der Arbeitsplatzsuche berücksichtigt werden, war weggefallen, und die sog. Ausbildungsduldung ermöglichte es Flüchtlingen, während drei Jahren eine Ausbildung zu absolvieren und nach Abschluss noch zwei Jahre in Deutschland



Landesprojekt „Sprachbrücken“ (Foto: AsylAK)

zu arbeiten. Diese Regelung konnte sogar zu einem dauerhaften Bleiberecht führen. Deshalb musste der AsylAK alles daran setzen, geeignete Ausbildungsplätze zu finden. Ein Beispiel ist die Zusammenarbeit mit der Hotelfachschule, die ihrerseits dringend Fachkräfte sucht. Die Flüchtlinge können sich in Gastronomie, Hotellerie und Hauswirtschaft ausbilden lassen. Der AsylAK sorgt für die Erweiterung der Sprachkompetenz der Auszubildenden. Das Projekt wurde mit dem Integrationspreis des Landes in der Kategorie Zivilgesellschaft ausgezeichnet.⁷⁹

Während der vierzig Jahre seines Bestehens stellte der AsylAK ein zivilgesellschaftliches Gegenmodell zur deutschen und europäischen Politik dar, die überwiegend auf Abschreckung setzte. Damit gab er der Stadt einen wichtigen Impuls für eine humanere Aufnahmepolitik. In den 70er und 80er Jahren gab es fast keine kommunale Unterstützung für Geflüchtete, die über die Verpflichtung hinausging, die den Kommunen von Bund und Land auferlegt waren. Im Laufe der Zeit entstand ein Bewusstsein für die Bedürfnisse der Geflüchteten. Die Stadtbevölkerung insgesamt wurde sensibilisiert für das Thema Flucht und Asyl und hat mit großer Hilfsbereitschaft in Momenten, als besonders viele Flüchtlinge kamen, reagiert. Es ist verständlich, dass sie nun auch bei der Flüchtlingspolitik mitreden will, vor allem, was die Aufnahme von Flüchtlingen betrifft, die ja in der Praxis von ihr zu leisten ist. So sind die verschiedenen oben genannten Versuche zu verstehen, über Gemeinderatsbeschlüsse – Save-me, Relocation, Seebrücke – Einfluss auf die Bundespolitik zu gewinnen und zu erreichen, dass Städte über die Aufnahme von Flüchtlingen entscheiden können. Die Diskussion darüber hat inzwischen viele Städte in ganz Europa erfasst. Allein in Deutschland haben sich 140 Städte zu „Sicheren Häfen“⁸⁰ erklärt. Auf europäischer Ebene gibt es seit einiger Zeit Überlegungen, einen Fonds einzurichten, über den Städte, die Flüchtlinge freiwillig aufnehmen, Geld erhalten können, das sie nicht nur zur Deckung ihrer Extrakosten, sondern allgemein zur Verbesserung der städtischen Infrastruktur verwenden können.⁸¹ Der Asylarbeitskreis Heidelberg e.V. wird sich in diese Diskussion weiterhin einmischen.

Anmerkungen

- 1 Ein EU-Programm zur Umverteilung der Flüchtlinge aus den griechischen und italienischen Lagern in andere europäische Länder.
- 2 Verteiler des Amnesty-Bezirks Heidelberg Nr. 3690, 1978, Archiv des Asylarbeitskreises Heidelberg e.V. (AAK).
- 3 Mitgliederverzeichnis der Amnesty-Gruppe Nr. 1369, 1980, AAK.
- 4 <https://www.bamf.de/DE/Themen/Statistik/Asylzahlen/asylzahlen-node.html> (aufgerufen 20.6.2020).
- 5 RNZ, 21.2.1980.
- 6 RNZ, 25.2.1980.
- 7 RNZ, 28.1.1981.
- 8 Erlass des Innenministeriums Baden-Württemberg zur Erfassung, ausländerrechtlichen Behandlung und Weiterleitung von Asylbewerbern vom 28.7.1980, AZ.:III664/953.
- 9 RNZ, 14.9.1982.
- 10 Amnesty-Pressemitteilung, 13.1.1984, AAK.
- 11 Flugblatt zur Veranstaltungsankündigung, 3.7.1981, AAK.
- 12 Amnesty International, Asylgruppe Heidelberg 1984, AAK.
- 13 Protokoll des DRK vom 25.3.1986, AAK.
- 14 RNZ, 25.2.1986.
- 15 Brief vom 22.6.1986, AAK.
- 16 Verwaltungsgerichtshof MA, A13S87/86.

- 17 Ohne Datum, ca. November 1986, AAK.
- 18 Presseerklärung, 20.11.1986, AAK.
- 19 Aus zwei Briefen vom 9.6. bzw. 14.8.1988 von Amnesty Deutschland an Elaine Griffiths bzw. an Helmuth Thomsen geht hervor, dass Organisationen, die nicht direkt für Amnesty tätig sind, keine finanzielle Unterstützung erhalten dürfen. AAK.
- 20 Faltblatt: Asylarbeitskreis Humanes Exil e.V., AAK.
- 21 Interview mit Elaine Griffiths 10.3.2020.
- 22 Rechenschaftsbericht des Jahres 1987, Amnesty Bezirk Heidelberg, Referat für ausländische Flüchtlinge, AAK.
- 23 Broschüre Jugendaustausch zwischen Deutschen und Flüchtlingen, AAK.
- 24 Brief des AK Humanes Exil an seine Mitglieder, 1.2.1991 AAK.
- 25 <https://www.bamf.de/DE/Themen/Statistik/Asylzahlen/asylzahlen-node.html>, aufgerufen 20.06.2020.
- 26 Schreiben des AsylAK an das Amtsgericht Heidelberg vom 19.3.1991, AAK.
- 27 Satzung des Asylarbeitskreises Heidelberg e.V., AAK.
- 28 Wie Anm. 23.
- 29 Brief des AsylAK an OB Weber, 9.6.1992, AAK.
- 30 Protokoll der Mitgliederversammlung, 20.10.1992, AAK.
- 31 Brief der Stadt Heidelberg ohne Datum, AAK.
- 32 Brief von Landrat Schütz an den AsylAK, 16.9.1992, AAK.
- 33 Brief des AsylAK an die Stadtmission, 21.12.1992, AAK.
- 34 Ein undatiertes Bild aus der RNZ, ca. 1991 AAK.
- 35 Grundsatzerklärung und Mitgliederverzeichnis, AAK.
- 36 Aufruf für die Demonstration am 13.5.1993, AAK.
- 37 Die Aktion wurde in einer Rede zum zehnjährigen Bestehen des AsylAK erwähnt, RNZ, 29.10.1996.
- 38 Informationsvorlage für den Sozialausschuss, Drucksache 861/92.
- 39 Ebd.
- 40 Welt am Sonntag, Artikel ohne Datum, AAK.
- 41 Brief an die Stadträt*innen mit angehängter Unterschriftenliste, 7.10.1992, AAK.
- 42 RNZ, 15.10.1992.
- 43 Es gibt eine christliche Beistandspflicht. 10 Thesen der Evangelischen Kirche im Streit um das Kirchenasyl für Flüchtlinge, These 1, AAK.
- 44 These 2, AAK,
- 45 <https://de.wikipedia.org/wiki/Asylbewerberleistungsgesetz>, aufgerufen 20.6.2020.
- 46 Pressemitteilung des AsylAK, 26.1.1994, AAK.
- 47 Schreiben des Bündnisses u.a. an seine Mitglieder, Dezember 1993, AAK.
- 48 Einladungsflyer des Bündnisses zum 2.3.1994, AAK.
- 49 Notizen der Verfasserin, AAK.
- 50 RNZ, 20.4.1994.
- 51 RNZ, 25.4.1994.
- 52 Aufbruch, Zeitschrift der Ev. Kirche in Baden, 12/24.
- 53 Sonntagsblatt, 18.3.1994.
- 54 <https://de.wikipedia.org/wiki/Kosovo>, aufgerufen 5.5.2020.
- 55 RNZ, 25.9.1996.
- 56 RNZ, 25.9.1996.
- 57 Resolution vom 17.10.1996, gerichtet an die Stadtverwaltung, die Bundesregierung und die Lufthansa, AAK.
- 58 Brief von Regierungspräsidentin Gerlinde Hämmerle an Dr. Dietrich Hildebrandt MdL vom 14.11.1996, AAK.
- 59 RNZ, 9.7.1996.
- 60 Flyer zur Veranstaltungsankündigung, AAK.
- 61 Frankfurter Rundschau, 11.10.1996.
- 62 RNZ, 22.5.1995.
- 63 Aufruf des Bündnisses anlässlich des 9.11.2000, AAK.
- 64 Presseerklärung des Bündnisses, AAK und RNZ, 6.6.1994.

- 65 Protokoll des Treffens, Amt für Soziale Angelegenheiten, 22.2.2001, AAK.
- 66 Kooperationsvertrag der Stadt mit dem Asylarbeitskreis vom 1.7.2001, AAK.
- 67 RNZ, 11./12.8.2001.
- 68 Vertrag zwischen Asylarbeitskreis und Diakonischem Werk, ohne Datum, AAK.
- 69 Qualification for Asylum Seekers in Europe.
- 70 RNZ, 3.6.2004.
- 71 RNZ, 30.12.2004, RNZ 19.1.2006.
- 72 RNZ, 22./23.11.2008.
- 73 Kommunalen Integrationsplan (KIP) der Stadt Heidelberg, S. 56–61.
- 74 RNZ, 5.10.2009.
- 75 RNZ, 12.5.2003.
- 76 RNZ, 11.8.2011.
- 77 BverfG, 1 BvL 10/10 vom 12.8.2012.
- 78 Jahresbericht des AsylAKs 2017, AAK.
- 79 RNZ, 20.8.2019.
- 80 <https://www.presseportal.de/pm/128021/4552731> (aufgerufen am 19.8.2020).
- 81 <http://restart-europe-now.eu/2017/02/24/europaeische-fluechtlingsintegration-als-gemeinsame-kommunale-entwicklung/> (aufgerufen am 19.8.2020).

